Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 35 (2016)

Heft: 68

Artikel: Die national-soziale Gefahr : Verteilungskonflikte und die Neue Rechte in Europa - sechs Thesen

Autor: Dörre, Klaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-780982

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Klaus Dörre

Die national-soziale Gefahr

Verteilungskonflikte und die Neue Rechte in Europa – sechs Thesen*

In nahezu allen europäischen Ländern sind rechtspopulistische, teilweise auch rechtsextreme politische Formationen auf dem Vormarsch. In Grossbritannien hat die erfolgreich betriebene Nationalisierung des Sozialen zum Brexit, zum Austritt aus der EU geführt. In Frankreich plant der Front National eine Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der Union. Osteuropäische Länder wie Ungarn und Polen warten bereits mit rechtspopulistischen Formationen als Regierungsparteien auf. In Österreich war der rechtspopulistische Kandidat Norbert Hofer bei der Wahl zum Bundespräsidenten nur hauchdünn unterlegen; niemand weiss, wie die notwendige Wiederholung der Wahl ausgehen wird. Selbst in den nordischen Ländern wie Finnland, Schweden oder Norwegen mit ihren ausgeprägten sozialdemokratischen Traditionen treiben rechtspopulistische Formationen die etablierten Parteien vor sich her. Und nun auch in Deutschland. Dort schreitet die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Zuletzt ist sie in der Hauptstadt Berlin mit über vierzehn Prozent WählerInnenanteil in das Parlament eingezogen. Der Sprung der Partei in den Bundestag scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein. Und während die Parteivorsitzende Frauke Petry öffentlich dafür plädiert, den Begriff des Völkischen zu rehabilitieren, schlagen gewalttätige Vigilanten im sächsischen Bautzen auf junge MigrantInnen ein. Die Polizei reagiert mit Ausgangssperre und Alkoholverbot – für die Geflüchteten, versteht sich.

Wie sind diese Verschiebungen in der Zivilgesellschaft und im politischen System zu bewerten? In den Leitmedien ist man sich einig: «Nur keine Panik!», so lautet der Tenor in Kommentaren von der liberalen *Zeit* bis zur konservativen FAZ. Deutschland nähere sich eben europäischer Nor-

* Dieser Text ist eine vom Autor erweiterte und von der Redaktion bearbeitete Version des Artikels «Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen», erschienen in: Rehberg, Karl-Siegbert u. a. (Hg.), 2016: Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und «Wende»-Enttäuschung. Bielefeld, 259–274. (Online zugänglich im Portal www.theoriekritik.ch.)

malität an. Der Rechtspopulismus bringe verdrängte Themen in die demokratische Öffentlichkeit zurück. Im Übrigen seien starke Demokratien fähig, mit dem Phänomen fertig zu werden. Sollen sie doch erst einmal Verantwortung übernehmen und in den Parlamenten Rede und Antwort stehen, dann werden die RechtspopulistInnen rasch entzaubert sein, argumentieren Journalistinnen wie Sozialwissenschaftler, die rechtspopulistische Bewegungen verstehen möchten.[1] Von dieser neuen Normalität halte ich, um es vorab zu sagen, gar nichts. Pegida in Dresden sowie deren lokale Ableger in vielen anderen Orten, die AfD und auch die Vigilanten von Bautzen sind vom gleichen Stamm und in ihrer spontanen Arbeitsteilung brandgefährlich. Brandgefährlich, weil ein Zusammenspiel zwischen ausserparlamentarischer Bewegung von rechts und der AfD als parlamentarischen Arm zu einer Aushöhlung demokratischer Institutionen und Verfahren führt. Eine Bewegung, die – geradezu paradox – als Demokratiebewegung für die Rettung des Abendlandes auftritt und zugleich rechte Schläger mit ihrem Terror gegen Geflüchtete überhaupt erst handlungs- und hoffähig macht. Sie bestellen dieses Feld, indem sie Ressentiments und negative Klassifikationen verstärken und radikalisieren. Es handelt sich um Orientierungen, die nicht nur im Alltagsbewusstsein von Angehörigen der Mittelklasse, sondern auch bei überwiegend männlichen Arbeitern und Angestellten stark verbreitet sind. Wenn sich ein mobilisierungsfähiger Rechtsblock in Deutschland – neben Frankreich der zweite Zentrumsstaat des EU-Imperiums – als politische Normalität etabliert, wird Europa noch stärker nach rechts driften. Diese Veränderungen werden möglich, weil, so meine These, RechtspopulistInnen die soziale Frage erfolgreich okkupieren. Die völkische Umdeutung von Klassen- und Verteilungskonflikten wird durch den Umstand begünstigt, dass es in den popularen Klassen derzeit keine positiv besetzte Klassenidentität gibt – ein Problem, welches die klassenvergessenen Sozialwissenschaften diskursiv verdoppeln.

These 1: Der neue Rechtspopulismus ist – nicht ausschliesslich, aber doch signifikant – eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes, die neben kleinen Selbständigen vor allem von Lohnabhängigen getragen wird und bei männlichen Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen auf überdurchschnittliche Zustimmung stösst.[2]

Der Rechtspopulismus ist ein seit langem bekanntes, internationales Phänomen. Formationen wie der Front National oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) haben immer wieder spektakuläre Wahlergebnisse bei ArbeiterInnen und in Milieus erzielt, in denen linke Parteien und Gewerkschaften über Jahrzehnte hegemonial waren. Den Hauptgrund hat Didier Eribon (2016) in seinem grossartigen Buch *Rückkehr nach Reims* mit soziologischem Wissen und literarisch einprägsam beschrieben. ArbeiterIn-

nenmilieus zeichneten sich seit jeher durch eine lose Kombination aus locker-hedonistischen Lebensformen vor allem für Männer und einer offiziellen, rigide-konservativen Moral aus, in der die Abwertung von anderen, Fremden, Unproduktiven stets angelegt war (Eriborn 2016, 136ff.). Sexismus und Rassismus hat es in diesen Milieus immer gegeben, aber die spontane Tendenz zu exklusiver, ausschliessender Solidarität wurde durch organisierte ArbeiterInnenbewegungen domestiziert (Hobsbawm 1994, 214ff., 385ff.). In Frankreich bestimmte «die Partei», bis in die 1980er-Jahre der Parti Communiste Français (PCF), wo die moralischen Grenzen verliefen. Wer dazugehören wollte, musste sich zumindest offiziell den moralischen Codes von Partei, Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen fügen. «Die Partei», in Italien der Partito Comunista d'Italia (PCI) oder mit politisch anderen Vorzeichen und ohne militante Klassenideologie die sozialdemokratische SPÖ in Österreich bzw. SPD in Deutschland, vermittelte eine Kollektividentität, verlieh dem Klassenstatus und dem Leben der einfachen Leute Würde, die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft und damit Lebenssinn. Vor allem der PCI, der seine Massenverankerung dem antifaschistischen Widerstand verdankte, war «sowohl eine selbst gewählte wie vom Gegner aufgezwungene Lebensgemeinschaft» (Magri 2015, 24). Wer ausgeschlossen wurde oder austrat, «wurde Opfer einer erdrückenden menschlichen Isolierung, die über lange Zeit gegenseitige Animosität nährte» (ebd.). In den sozialdemokratischen ArbeiterInnenmilieus mag dieser Druck nicht ganz so ausgeprägt gewesen sein. Doch auch hier setzte man, etwa in Österreich oder im Ruhrgebiet, dem industriellen Herzen Westdeutschlands, die Karriere im Staatsbetrieb oder in der Verwaltung aufs Spiel, wenn man das richtige Parteibuch nicht besass. All das disziplinierte – auch moralisch. Mit dem Zerfall sozialistischer und (euro)kommunistischer Parteien ist dieses moralische Regulativ, das bis weit hinein in die untersten Klassensegmente und die nicht organisierte ArbeiterInnenschaft ausstrahlte, verschwunden. Lucio Magri hat diesen Zerfallsprozess in seinem imposanten Werk zur Geschichte des PCI beschrieben. Schon auf dem Weg zum Verzicht auf die kommunistische Kollektividentität verlor der PCI in kurzer Zeit 400 000 Mitglieder (ebd., 397). Die Selbstauflösung des PCI und dessen Verwandlung in eine sozialliberale Partei vom Typus der US-amerikanischen Demokraten hat zugleich jene «Lebensgemeinschaft» beseitigt, die dem Leben der Beherrschten Sinn verlieh und klassenspezifische Distinktionsmechanismen zumindest domestizierte. Der PCI ist jedoch nur ein besonders tragisches Beispiel für solche kulturellen Auflösungsprozesse, wie sie nach 1989 überall in Europa stattgefunden haben.

Der Zerfall positiv besetzter Klassenidentitäten und der mit ihnen verbundenen moralischen Bindungen hat den Weg für einen rechten Populismus frei gemacht, der das entstandene Vakuum ausfüllt. In der Krise der EU

geht die längst gesäte Saat auf. Bei den inzwischen annullierten österreichischen Bundespräsidentenwahlen stimmten im ersten Wahlgang 72 Prozent (!) der ArbeiterInnen für den rechtspopulistischen FPÖ-Kandidaten Hofer; bei den Angestellten bekam Hofer immerhin noch 37 Prozent und lag damit auch in dieser Gruppe an der Spitze. In Deutschland gibt es eine ähnliche Tendenz. Die AfD war bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen besonders erfolgreich. In Sachsen-Anhalt etwa stimmten 37 Prozent der ArbeiterInnen und 38 Prozent der Arbeitslosen für die AfD; in diesen Gruppen lag sie vor CDU, SPD und der Linken. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wiederholte sich das Muster; dort war die AfD auch bei kleinen Selbständigen erfolgreich. Letzteres war in Berlin nicht der Fall, aber auch dort wurde die AfD bei ArbeiterInnen und Arbeitslosen zur stärksten Partei.

Insgesamt ist der rechtspopulistische soziale Block interklassistisch, d.h. er rekrutiert aus nahezu allen sozialen Klassen und Schichten. Es gelingt aber in überdurchschnittlichem Masse, sowohl männliche Arbeiter und Angestellte als auch Arbeitslose einzubinden – und das, obwohl das Programm der AfD auch nach der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels noch immer marktradikale Elemente enthält. Wichtigstes Motiv für die Wahl der AfD ist, neben der Flüchtlingsthematik, die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Mit diesen Themen gelingt es den RechtspopulistInnen, vor allem NichtwählerInnen zu mobilisieren. Die AfD ist – ähnlich wie der Front National oder die FPÖ – der politische Ausdruck einer Bewegung Polanyischen Typs. Solche Bewegungen richten sich gegen die Universalisierung der Marktvergesellschaftung und der Konkurrenz und vor allem gegen deren Folgen. Ökonomische Marktmacht wirkt diffus und abstrakt, sie lässt sich selten eindeutig zuordnen und die Kritik an ihr kann in unterschiedliche Richtungen politisiert werden. Bewegungen gegen den Markt können, wie die frühen sozialistischen ArbeiterInnenbewegungen, systemtranszendierende Ziele verfolgen; sie können aber auch blossen Schutz vor marktvermittelter Konkurrenz einfordern und reaktionär-nationalistische oder, wie im Falle faschistischer Mobilisierungen, geradezu terroristische Züge annehmen. Im Unterschied zum Marx'schen Klassenuniversalismus, der unterstellte, die Exploitation des Weltmarktes werde die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestalten, muss in Anlehnung an Polanyi von einer Vielfalt marktkritischer Gegenbewegungen ausgegangen werden. Nivellierende Marktmacht kann unter Lohnabhängigen eine endemische Tendenz bestärken, klassen*un*spezifische Grenzen abzustecken. Genau das leistet der zeitgenössische Rechtspopulismus. Er postuliert eine Politik mit den Grenzen, die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise mittels Flüchtlingsabwehr zielt. Unmut,

Unzufriedenheit, Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, die unter Lohnabhängigen weitverbreitet sind, dienen dieser Bewegung als Problemrohstoff, der in völkisch-ethnopluralistischen Deutungsmustern angerufen wird.

These 2: Rechte Orientierungen, die kognitive und emotionale Brückenschläge zum Rechtspopulismus beinhalten, gab es in Ost- und Westdeutschland schon lange vor Pegida und der AfD. Grundsätzlich muss zwischen konformistischen konservierenden und rebellischen Orientierungen unterschieden werden.[3]

Die *rebellische* Variante findet sich vor allem bei Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Ihnen dient das negativ besetzte Feindbild der anderen, Fremden, AusländerInnen usw. dazu, mittels Abgrenzung positiv besetzte, eigene Zugehörigkeiten zu konstruieren. Auf die *konservierende* Variante stossen wir bevorzugt bei formal gut integrierten Beschäftigten, die sich mit drohendem sozialen Abstieg konfrontiert sehen oder die zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden. Diese Gruppen versuchen, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder «gesellschaftlicher und politischer Aktion» (Castel 2005, 67f.) nutzen. Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Im Grunde geht es diesen Beschäftigten darum, das Sicherheitsversprechen des Wohlstandsstaates zu bewahren, indem die Zahl der Anspruchsberechtigten nach ethnischen, nationalen oder kulturellen Kriterien begrenzt wird. Entsprechende Orientierungen umfassen Elemente einer ArbeiterInnensolidarität, deren Funktionsfähigkeit in den Augen der Betroffenen jedoch durch ethnische oder nationale Heterogenität gefährdet wird.

Der *konformistische* Rechtspopulismus taucht bevorzugt in höheren, abgesicherten beruflichen Positionen auf. Um eine *konformistische* Variante handelt es sich, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zu einem marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells auszeichnet. Charakteristisch für diese Variante ist, dass Team, Belegschaft und Nation als Gemeinschaften hart arbeitender Menschen konstruiert werden. Wer den Leistungserwartungen dieser Gemeinschaften nicht entspricht, dem wird die Zugehörigkeit verweigert. Was sie von sich selbst erwarten, die vorbehaltlose Erfüllung vorgegebener Leistungsnormen, verlangen die Betreffenden auch von anderen. Integration von MigrantInnen ist für sie daher nur als einseitige Integration in die «deutsche Kultur» der Leistungsbereiten vorstellbar. Und gerade hier sehen die «Konformisten» eine Gerechtigkeitslücke. Das eigene Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt dient als normative Referenz, um gesellschaft-

liche Probleme zu bewerten. Integration, etwa von Geflüchteten, ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die dominante Kultur denkbar.

Wer solchen Leitvorstellungen nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin als ausgrenzbar abqualifiziert zu werden. Solche Orientierungen haben sich über Jahrzehnte hinweg als rechtspopulistische Unterströmung bemerkbar gemacht, die in demokratischen Parteien, aber auch in den Gewerkschaften wirkte. Neu ist nun, dass sich diese Unterströmung zu einer eigenständigen politischen Kraft formiert, sich organisatorisch verselbständigt und in Gestalt der AfD möglicherweise auf nationaler Ebene etabliert. Das war lange Zeit nicht möglich, weil es dem organisierten Rechtspopulismus an geeignetem Führungspersonal fehlte, vor allem aber, weil es ihm nie gelang, sich glaubwürdig von der nationalsozialistischen Vergangenheit zu distanzieren. Das ist nun anders. Die neue Rechte hat Massenanhang und mit jedem Tabubruch erweitert sie das Terrain und den Handlungsspielraum auch für die militante Rechte. Die Distanzierung vom historischen Faschismus ist allenfalls noch als taktisches Manöver notwendig. Die NationalsozialistInnen laufen bei Pegida und den AfD-Aufmärschen mit – und keinen der DemonstrantInnen stört es.

Das Zusammenspiel von militantem Neo- und Protofaschismus, parlamentarischem Rechtspopulismus und begünstigenden Staatsapparaten erzeugt eine neue national-soziale Gefahr. Diese Gefahr besteht darin, dass der zeitgenössische National-Sozialismus als radikale Variante der «Volksmeinung» erscheint. Deshalb ist es alles andere als beruhigend, wenn sich der grösste Teil der Pegida-SympathisantInnen nicht mit rechtsextremer Programmatik identifiziert (Patzelt/Klose 2016). Das Problem ist ein anderes. Auch die indifferenten «Wutbürger» finden nichts dabei, ihre Pegida-Happenings gemeinsam mit Alt- und NeofaschistInnen zu begehen. So wird der National-Sozialismus zu einer Meinung unter anderen, wie sie in einem Konzert pluraler Stimmen eben immer auftritt. Dass diese nationalen SozialistInnen Demokratie und Meinungsfreiheit abschaffen wollen, dass sie Menschen- und Grundrechte, die eine Voraussetzung moderner Demokratien sind, mit Füssen treten, bleibt völlig unbeachtet. Von solcher Duldsamkeit ist es dann nur noch ein kleiner Schritt hin zu jenen Vigilanten, die Gewalt gegen Geflüchtete als legitime Selbstjustiz begreifen, die den Willen der Mehrheit praktische Tat werden lassen. Diese Selbstradikalisierung macht den national-sozialen Block gesellschaftlicher Kräfte in Deutschland besonders gefährlich. Die Grundmuster der Selbstradikalisierung finden sich aber auch in anderen europäischen Ländern.

These 3: Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten und von den Starken zu den Schwachen zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschliessender Solidarität. Das macht sie für rechtspopulistische Anrufungen empfänglich.

Beschäftigte, die sich im finanzkapitalistischen Wettbewerbsregime permanent auf die Probe gestellt sehen, neigen, sofern moralische Regulative nicht gegensteuern, spontan zu Unduldsamkeit gegen Schwächere und weniger leistungsbereite Gruppen. Wir haben dieses Phänomen in unseren Belegschaftsbefragungen sowohl in ost- als auch in westdeutschen Betrieben erfasst. Ständige Bewährungsproben begünstigen ein Verhalten, das auf exklusive Solidarität, auf eine kollektive Abwertung sozialer Gruppen durch andere hinausläuft. So waren trotz mehrheitlicher Ablehnung von Hartz IV 54 Prozent der von uns befragten ArbeiterInnen eines Automobilherstellers der Ansicht, es müsse mehr Druck auf Langzeitarbeitslose ausgeübt werden, 51 Prozent meinten, eine Gesellschaft, in der man jedeN auffange, sei auf Dauer nicht überlebensfähig (Dörre u. a. 2013, 223). Dieser Indikator für sozialdarwinistische Haltungen fand im Westen noch grössere Zustimmung als im Osten. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass der Betrieb und die Stammbelegschaft auch als soziale Orte ausgrenzender Integration funktionieren. Statusgenerierend ist die Leistungsgemeinschaft der produktiv Beschäftigten. Wer nicht dazugehört – seien es Hartz-IV-EmpfängerInnen oder «Schulden machende» GriechInnen –, hat im Zweifelsfall keinen oder höchstens einen verminderten Anspruch auf Solidarität.

Die Tendenz zu exklusiver Solidarität richtet sich vor allem gegen Arbeitslose und Ausgeschlossene. Wer arbeitet und leistungsbereit ist, der sieht sich von Hartz IV zu Unrecht auf die Probe gestellt. Und dieses Ungerechtigkeitsbewusstsein sucht sich häufig ein Ventil. Der Zorn richtet sich gegen jene, die – vermeintlich – die Bewährungsproben meiden und sich so dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit entziehen. Das Verhalten von Erwerbslosen, Hilfebedürftigen und auch von Geflüchteten erscheint den Festangestellten als Gerechtigkeitsproblem. Die abgewerteten Gruppen verhalten sich in den Augen der klassifizierenden ArbeiterInnen geradezu antiemanzipatorisch, weil sie sich mit äusserster Entfremdung, mit Situationen vollständigen Ausgeliefertseins arrangieren. Personen und Gruppen, die sich derart vollständig unterwerfen, die sich einer Situation totaler Entfremdung wehrlos ausliefern, sind gerade aus der Perspektive gewerkschaftlich organisierter ArbeiterInnen und Angestellter eine latente oder gar eine manifeste Bedrohung der Solidarität von Lohnabhängigen. Diese Tendenz verstärkt sich, wenn Geflüchtete als Argument herhalten müssen, Ausnahmen vom Mindestlohn zu machen, und auf diese Weise in unmittelbare Konkurrenz zu den verwundbarsten Gruppen am Arbeitsmarkt gesetzt werden.

These 4: Eine grosse Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, dass sich rechte Orientierungen mit Affinität zum Rechtspopulismus häufig bei jungen, aktiven, neu gewonnenen Mitgliedern finden.

Neu ist, dass vor allem jüngere Beschäftigte, gerade auch im Osten, die von ihnen wahrgenommene Verteilungsungerechtigkeit nicht mehr passiv hinnehmen. In den meisten von uns untersuchten Betrieben ist der Lohn das mobilisierungsfähige Thema. In Lohnforderungen bündeln sich aber höchst unterschiedliche Lebenslagen und Erfahrungen: die Kritik an stagnierenden Löhnen und die deswegen als ungerecht empfundenen Verteilungsverhältnisse ebenso wie fortbestehende Ost-West-Differenzen oder besondere Diskriminierungen von Frauen, prekär Beschäftigten, gering Qualifizierten und MigrantInnen. In einer zerklüfteten Arbeitswelt erweist sich der Lohn als verbindendes Thema – auch weil er eine Quantifizierung von qualitativ Verschiedenem leistet. In den Arbeitskonflikten geht es daher auch, aber eben nie ausschliesslich, ums Geld. Gekämpft wird für «living wages». Löhne zum Leben müssen aus der Arbeitskraftperspektive nicht nur deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, sondern auch Zugang zu gesellschaftlichen Basisgütern sichern. Mit der Forderung nach gerechter Entlohnung sind in unseren Untersuchungsbetrieben Themen wie Arbeitszeit, Leistungsintensivierung, Flexibilisierungsdruck, Planungsunsicherheit im Privatleben, soziale Missachtung und nicht zuletzt die Kritik an autoritativen betrieblichen Kontrollregimes verkoppelt. Gewerkschaftliche Organisierungserfolge gelingen auch bei Angehörigen jüngerer Alterskohorten mit eher schwach ausgeprägter Bindung an Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen und Region, die *jetzt* einen höheren Lohn und ein besseres Leben wollen. Gewerkschaftliche Organisierung ist für sie kein Wert an sich, schon gar kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um in Verteilungskämpfen für sich das Beste herauszuholen; vor allem im Osten stehen sie für ein «Ende der Bescheidenheit». Ihre gewerkschaftliche Überzeugung ist allerdings ähnlich fragil wie die Identifikation mit Betrieb und Unternehmen. Diese Gruppe erweist sich trotz gewerkschaftlicher Organisierung für rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Anrufungen als besonders empfänglich.

Befragte GewerkschaftssekretärInnen haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wahl zum Jugendvertreter der Gewerkschaft und Facebook-Likes bei rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien durchaus keinen Widerspruch darstellen. Eine fragile gewerkschaftliche Grundüberzeugung reicht offenbar nicht aus, um das subjektive politische Weltbild von ArbeiterInnen und Angestellten zu strukturieren. Man mag das bedauern. Ich plädiere für eine andere Sicht. Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten ArbeitnehmerInnenmilieus der Republik überhaupt noch erreichen. Hier liegt die eigentliche gesellschaftliche Be-

deutung dessen, was wir als Demokratisierung der betrieblichen Arena bezeichnen. Wer sich selbstbewusst und in demokratischer Form für seine eigenen Interessen und gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit engagiert, der ist für die Demokratie noch lange nicht verloren. In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Orientierungen haben die Gewerkschaften einen schwierigen Spagat zu leisten. Einerseits tendieren GewerkschafterInnen zu einer Politik der «klaren Kante» gegenüber Formationen, die sie als zutiefst antidemokratisch wahrnehmen. Sie schrecken nicht davor zurück, Mitglieder aus der Organisation auszuschliessen. Andererseits wollen sie sich dem Dialog mit KollegInnen nicht verweigern, auch, weil sie deren Protesthaltung nachvollziehen können. In solchen Auseinandersetzungen dürften, so befragte SekretärInnen, die Gewerkschaften nicht als Establishment-Organisation wahrgenommen werden. Entsprechende Gratwanderungen seien alles andere als einfach. Häufig glichen die Auseinandersetzungen einem «Geschwimme, das uns überfordert, weil wir von den Kapazitäten nicht darauf eingerichtet sind» (Dörre u. a. 2016, 261).

Wichtig ist indessen, dass die Auseinandersetzung überhaupt geführt wird. Als der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, Jörg Hofmann, in einem Radiointerview erklärte: «Wer hetzt, fliegt», flogen tatsächlich Mitgliedsbücher. Genau dies kann zu defensiven Reaktionen führen, weil Gewerkschafterinnen und Betriebsräte wegen drohender Austritte vorsichtshalber auf eine Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen verzichten. Umso wichtiger ist, dass es in der Arbeitswelt überhaupt Aktive gibt, die Diskussionen mit potenziellen WählerInnen und SympathisantInnen rechtspopulistischer Formationen führen. Bei der Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht geht es daher um sehr viel mehr als um die Zukunft einer altehrwürdigen Interessenorganisation. Es geht um die Zukunft der Demokratie in einem sozial gespaltenen Land.

These 5: Ohne positive Klassenidentität, die zu kollektiver Widerständigkeit befähigt und Selbstachtung ermöglicht, werden die subalternen Klassen in einen Rechtsblock integriert, der den Diskurs um die soziale Sicherheit in einen Diskurs über die innere und öffentliche Sicherheit verwandelt.

Die Verantwortung für die Entstehung einer national-sozialen Gefahr liegt indessen nicht bei den Gewerkschaften oder den zerfallenden ArbeiterInnenparteien. Sie liegt bei den Eliten eines europäischen Postwachstumskapitalismus, die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse mit autoritären Mitteln zu stabilisieren suchen. Anders gesagt, die dominanten kapitalistischen Akteure (Unternehmen, Staat) sind bemüht, den im Inneren der Gesellschaften zunehmend ungleich verteilten Wohlstand zu konservieren, indem sie sich ein Aussen schaffen, dem die Folgekosten dieser Bewahrungspolitik aufgebürdet werden. Der Wohlstand in den europäischen Zentrumsstaaten wird

mittels Prekarisierung und Unterklassenbildung erkauft. Wenige nordeuropäische Gläubigerstaaten disziplinieren die südeuropäische Peripherie und zwingen sie zur Fortsetzung einer Austeritätspolitik, die von den dortigen Bevölkerungsmehrheiten abgelehnt wird. Trotz anderslautender Rhetorik und des Beschwörens eines kommenden Aufschwungs durch die Mainstream-Ökonomie müssen wir davon ausgehen, dass Teile der kapitalistischen Eliten längst dabei sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse an schwaches Wachstum anzupassen. Ihre Antwort auf eskalierende Verteilungskonflikte ist ein autoritärer Staat, der die innere und öffentliche anstelle der sozialen Sicherheit in den Fokus politischen Handelns rückt. Es handelt sich um die Antwort eines zunehmend hilflosen und daher repressiven Kernstaates auf die neuartige Verteilungs- und Klassenproblematik. Der autoritäre Staat verbindet eine zunehmend selektive Teilhabe der sozial noch einigermassen geschützten Klassenfraktionen mit einem ideologischen Bürgerkrieg gegen die verwundbarsten Gruppen der Gesellschaft (Eribon 2016, 112). Politische Grenzziehungen bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Grossgruppen. Auf diese Weise wachsen und verfestigen sich unterhalb der noch halbwegs integrierten Klassen der Lohnabhängigen neue Unterklassen, deren blosse Existenz dann wiederum zur Legitimation repressiver Massnahmen und erweiterter Machtbefugnisse wird.

Den sozialen Mechanismus, der z. B. ehemalige kommunistische StammwählerInnen dazu bewegt, den Front National zu wählen, hat Didier Eribon präzise beschrieben: «Die Idee der Unterdrückung, einer strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten, verschwand aus dem Diskurs der offiziellen Linken und wurde durch die neutralisierende Vorstellung des ‹Gesellschaftsvertrages› ersetzt.» (Eribon 2016, 120) Damit verschwand zugleich jener motivierende und zugleich disziplinierende Diskurs, der dem Leben in subalterner sozialer Position Würde verlieh. Grosse Teile der Unterprivilegierten wenden sich deshalb rechtspopulistischen Formationen zu, die «sich nunmehr als einzige um sie zu kümmern» scheinen und die «zumindest einen Diskurs» anbieten, der versucht, «ihrer Lebensrealität wieder einen Sinn zu verleihen» (ebd., 122).

These 6: Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewaltaffine Radikalisierung ist eine Politik demokratischer Umverteilung.

«Wir müssen den Klassenkampf wieder auf die Tagesordnung bringen. Und das ist allein dadurch zu bewerkstelligen, dass man auf der globalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten besteht. Vielleicht ist eine solche globale Solidarität eine Utopie. Doch wenn wir nichts tun, dann sind wir wirklich verloren – und wir verdienen es, verloren zu sein», schreibt Slavoj Žižek (2015, 89) in seiner Streitschrift *Der neue Klassenkampf*. Um handlungsfähig zu werden, müsse die Linke mit einigen Tabus

brechen. Dazu gehöre die verbreitete Vorstellung, «der Schutz der eigenen Lebensweise sei an sich protofaschistisch oder rassistisch». Den Sorgen der einfachen Leute, die um die Bedrohung der eigenen Lebensweise kreisten, könne auch von einem linken Standpunkt aus begegnet werden – Bernie Sanders, demokratischer Sozialist und Herausforderer von Hillary Clinton, sei der lebendige Beweis. Der Schutz der eigenen Lebensweise dürfe nicht als solcher zurückgewiesen werden. Vielmehr müsse gezeigt werden, dass eine Verteidigung der eigenen Lebensweise durch die RechtspopulistInnen diese Lebensweise in viel grösserem Masse bedrohe als «alle Einwanderer zusammen» (ebd., 18).

Ich fürchte, Žižek hat recht. Ohne die Frage nach demokratischer Umverteilung – nicht nur zwischen oben und unten, sondern auch zwischen starkem Exportsektor und abgewerteten reproduktiven Sektoren, zwischen starken und schwachen Ländern in Europa und der Welt, zwischen KlimagewinnerInnen und KlimaverliererInnen – anzugehen, kann die soziale Frage den RechtspopulistInnen nicht mehr genommen werden. Deshalb wäre es auch für die Gewerkschaften und die politische Linke wichtig, Walter Korpis Idee des demokratischen Klassenkampfs (Korpi 1983) mit neuem Leben zu füllen. Demokratischer Klassenkampf bedeutet, dass es sich um einen Kampf handelt, der, ungeachtet aller Härte der Auseinandersetzungen, auf der Grundlage verbriefter ökonomischer und sozialer Rechte der Lohnabhängigen ausgetragen wird. Die Grundidee besagt, dass Konflikt und Dissens auch in Betrieb und Arbeitswelt eine Bedingung funktionierender Demokratie sind. Oder mit Eribon gesprochen: «Vor dem Streik ist [nicht nur, K. D.] der französische Arbeiter spontan rassistisch und traut Einwanderern nicht über den Weg, während des Streiks aber verschwinden diese niedrigen Empfindungen. Dann herrscht Solidarität, und sei es nur eine partielle und vorübergehende. Die fehlende Mobilisierung als Gruppe bzw. die fehlende Selbstwahrnehmung als solidarisch mobilisierbare Gruppe [...] führt dazu, dass rassistische Kategorien die sozialen ersetzen.» (Eribon 2016, 139) Eine Klassenidentität kann und darf nicht von oben oktroyiert werden, sie bedarf eines «Resonanzraums», einer Öffentlichkeit, in der diskutiert wird, «welche Themen überhaupt legitim und wichtig sind und daher in Angriff genommen werden sollten» (ebd., 146). Die Idee eines demokratischen Klassenkonflikts in solchen Öffentlichkeiten wiederzubeleben und zu internationalisieren ist eine mehr als anspruchsvolle Aufgabe. Sie nicht anzugehen bedeutet jedoch, die Sehnsüchte und Energien der popularen Klassen dem Rechtspopulismus und seiner autoritären Ideologie zu überlassen.

Anmerkungen

1 Dazu z. B. die anregenden Beiträge von Patzelt (2016, 69–82) und Kröter (2016); kritisch: Heim (2016, 11).

2 Soweit nicht anders ausgewiesen, beziehe ich mich empirisch auf die Studie von Dörre u. a. 2016.

3 Siehe dazu Dörre u. a. 2006.

Literatur

Castel, Robert, 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg

Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic, 2006: The Increasing Precariousness of the Employment Society: Driving Force for a New Right Wing Populism? In: International Journal of Action Research, 2(1), 98–128

Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.), 2013: Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg

Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel, 2016: Streikrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/New York

Eribon, Didier, 2016: Rückkehr nach Reims. Frankfurt am Main

Heim, Tino, 2016: Pegida als leerer Signifikant, Spiegel und Projektionsfläche – eine Einleitung. In: Ders. (Hg): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wiesbaden, 1–31

Hobsbawm, Eric, 1994: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien

Korpi, Walter, 1983: The democratic class-struggle. London

Magri, Lucio, 2015: Der Schneider von Ulm. Eine mögliche Geschichte der KPI. Hamburg

Patzelt, Werner J., 2016: Neu unorthodoxe Thesen zu Pegida. In: Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und «Wende»-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld, 69–82

Patzelt, Werner J./Klose, Joachim (Hg.), 2016: Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden

Polanyi, Karl, 1995 [1944]: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 3. Auflage. Frankfurt am Main

Žižek, Slavoj, 2015: Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror. Berlin